

## Kleine Anfrage

der Abgeordneten Gabriele Wieland (CDU)

und

## Antwort

des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie

### Armutsgefährdung von Älteren in Rheinland-Pfalz

Die **Kleine Anfrage 2923** vom 18. Dezember 2014 hat folgenden Wortlaut:

Rheinland-Pfalz hat – nach dem Saarland – deutschlandweit nach aktuellen Berichten (z. B. Pressemitteilung des Statistischen Bundesamts vom 19. November 2014, Pfälzischer Merkur vom 20. November 2014) aufgrund von Zahlen des Statistischen Bundesamts die höchste Armutsgefährdungsquote in der Altersgruppe 65 Jahre und älter.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Ergebnisse zur besonders hohen Armutsgefährdungsquote älterer Menschen in Rheinland-Pfalz?
2. Worin sieht die Landesregierung die diesbezüglichen Ursachen, nach Möglichkeit auch im Vergleich zu den anderen Bundesländern?
3. Welche Regionen und Bevölkerungsgruppen sind insbesondere betroffen?
4. Welche politischen Ansätze zur Armutsbekämpfung in Rheinland-Pfalz haben versagt?

Das **Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 8. Januar 2015 wie folgt beantwortet:

Zu 1.:

Altersarmut ist besonders problematisch, da einerseits bei Älteren die Wahrscheinlichkeit einer andauernden Armutslage sehr hoch ist. Andererseits zeigt sich gerade bei Älteren, dass eine schlechtere materielle Lage mit Teilhabeproblemen und vielen anderen Formen der Ausgrenzung einhergehen kann.

Hinsichtlich der Armutsgefährdungsquote ist darauf hinzuweisen, dass hier nach einem bestimmten Messkonzept das relative Risiko dargestellt wird, in Bezug auf einen gesetzten Schwellenwert einkommensarm zu sein. Die Armutsgefährdungsquote wird – entsprechend dem EU-Standard – definiert als der Anteil der Personen, deren Äquivalenzeinkommen weniger als 60 Prozent des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung beträgt. Die Armutsrisikoquote liefert jedoch keine Information über individuelle Bedürftigkeit im Sinne von existenzieller Not, sondern ist lediglich ein Indikator, der auf ein mögliches Armutsrisiko hinweist.

Der Schwellenwert beträgt nach der Haushaltsbefragung Mikrozensus 2013 für eine Alleinlebende beziehungsweise einen Alleinlebenden in Rheinland-Pfalz 920 Euro im Monat. In Deutschland war im Jahr 2013 mehr als jeder Sechste (15,5 Prozent) von Armut bedroht. Nach Ergebnissen des Mikrozensus im Jahr 2013 beträgt in Rheinland-Pfalz die Armutsrisikoquote – gemessen am Bundesmedian – 15,4 Prozent. Die relative Armutsrisikoquote Älterer – gemessen am Bundesmedian – lag in Rheinland-Pfalz im Jahr 2013 bei 17,8 Prozent.

Anders stellt sich die Situation dar, wenn man die Zahl der Leistungsberechtigten mit Anspruch auf Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung heranzieht, bei der im Zuge der Bedarfsprüfung durch die Grundsicherungsämter das vorhandene Einkommen und Vermögen betrachtet wird. Der Anteil der Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ab 65 Jahren lag in Rheinland-Pfalz nach der Stichtagserhebung zum 31. Dezember 2013 bei 2,6 Prozent. Im Vergleich der alten Bundesländer haben nur Baden-Württemberg mit einer Quote von 2,3 Prozent und Bayern mit einer Quote mit 2,6 niedrigere beziehungsweise gleich niedrige Quoten.

In diesem Kontext ist darauf hinzuweisen, dass Rheinland-Pfalz bei der Mindestsicherungsquote insgesamt vergleichsweise günstig steht. Zum Jahresende 2013 waren in Rheinland-Pfalz 6,9 Prozent der Bevölkerung auf Mindestsicherung angewiesen, das heißt, auf finanzielle Hilfen des Staates und der Kommunen, um ihren grundlegenden Lebensunterhalt zu sichern. Unter den Ländern weist Rheinland-Pfalz nach Bayern (4,5 Prozent) und Baden-Württemberg (5,1 Prozent) die drittniedrigste Quote auf. Deutschlandweit sind 9,1 Prozent der Bevölkerung auf Mindestsicherungsleistungen angewiesen. Rheinland-Pfalz belegt darüber hinaus auch seit Jahren den drittbesten Platz im Vergleich der Arbeitslosenquoten der Länder. Sie liegt bei 5,0 Prozent (Stand November 2014). Die SGB II-Quote beträgt in Rheinland-Pfalz 6,9 Prozent (Stand November 2014). Das ist die drittniedrigste Quote in Deutschland nach Bayern (4,1 Prozent) und Baden-Württemberg (5,0 Prozent). Bundesweit liegt die SGB II-Quote bei 9,4 Prozent.

Zu 2.:

Armut im Alter ist im hohen Maße durch die jeweiligen Erwerbsbiografien bedingt. Geringe Rentenansprüche und fehlendes Vermögen sind in der Regel das Ergebnis von Lebensläufen, in denen sich zum Beispiel längere Phasen der Arbeitslosigkeit, geringes Einkommen und fehlende Absicherung in der Sozialversicherung ergeben haben. Bei den Bestandsrenten wirken sich nach Erkenntnissen der Armutforschung auch noch – was die sehr niedrigen durchschnittlichen Zahlbeträge in Rheinland-Pfalz erklärt – die niedrigen Löhne lange vergangener Jahrzehnte in Regionen mit später Anpassung der Wirtschaftsstruktur aus, aber auch geringe Löhne am aktuellen Rand.

Die in Rheinland-Pfalz im gesamtdeutschen Vergleich besonders niedrigen durchschnittlichen Zahlbeträge der Renten haben sich im vergangenen Jahrzehnt ähnlich wie in Bayern dem westdeutschen Niveau zwar „von unten“ angenähert. Die schwächere Wirtschaftskraft und -struktur der weiteren Vergangenheit (ursprünglich landwirtschaftliche Prägung) wirkt sich aber besonders bei den Bestandsrenten immer noch aus. Bei den Neurenten geht die Armutforschung mittlerweile dagegen zunehmend davon aus, dass bundesweit wie auch in Rheinland-Pfalz die Folgen der lange andauernden Massenarbeitslosigkeit und gewandelten Beschäftigungsformen ihre Wirkungen zeigen.

Zu 3.:

Die Armutsrisikoquote der Frauen über 65 Jahren fällt deutlich höher als die der älteren Männer aus. Die Armutsrisikoquote der Frauen über 65 Jahren lag im Jahr 2013 bei 20,6 Prozent, die Armutsrisikoquote der Männer in der gleichen Altersgruppe bei 14,3 Prozent.

Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts im Alter wurden hauptsächlich Frauen gewährt. Zum Stichtag 31. Dezember 2013 waren 14 200 Frauen leistungsberechtigt, was einem Anteil von 65,3 Prozent der Leistungsberechtigten entspricht.

Die Zahl der Männer mit Anspruch auf Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung lag bei 7 540 beziehungsweise 34,7 Prozent der Leistungsberechtigten.

Zur regionalen Verteilung der Armutsrisikoquoten sind keine Aussagen möglich. Die Veröffentlichungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder zu Armutsgefährdungsquoten nach tiefer regionaler Gliederung enthalten keine Angaben zu regionalen Armutsrisikoquoten der über 65-Jährigen. Der Mikrozensus erlaubt aufgrund seines begrenzten Stichprobenumfangs auch keine verlässlichen Aussagen zu Armutsrisikoquoten auf Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte.

Zur Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung bezogen auf die Anzahl der Leistungsberechtigten im Alter ab 65 Jahren wird auf die beigefügte Tabelle im Anhang verwiesen.

Zu 4.:

Ein entscheidender Faktor für die heutige Altersarmut liegt – wie in der Antwort zu Frage 2 dargestellt – in den niedrigen Löhnen früherer Jahrzehnte in Regionen mit später Anpassung der Wirtschaftsstruktur. Mit Blick auf die Vermeidung zukünftiger Altersarmut sind die wichtigsten Ursachen Arbeitslosigkeit, Arbeit zu Armutslohnen sowie fehlende sozialversicherungsrechtliche Absicherung.

Diese Feststellungen bestätigen die Richtigkeit der rheinland-pfälzischen Politik gegen Armut. So ist die gesamte Arbeitsmarktpolitik der Landesregierung darauf ausgerichtet, Arbeitslosigkeit zu reduzieren und Arbeitsplätze zu erhalten. Der Arbeitsmarkt soll stärker von gerechter Entlohnung, sozialer Gerechtigkeit, Teilhabe und gesundheitsbewussten Arbeitsbedingungen geprägt werden. Und deshalb hat sich die Landesregierung frühzeitig und mit Nachdruck für die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns eingesetzt. Vorrangiges Ziel ist es, dass alle erwerbsfähigen Menschen die Möglichkeit bekommen, ihren Lebensunterhalt zu erarbeiten.

Um Armut zu reduzieren, muss die Einkommenssituation der Betroffenen verbessert werden. Dazu gehört die möglichst nachhaltige Integration aller erwerbsfähigen Menschen in den Arbeitsmarkt. Wesentliches Anliegen der Landesregierung ist zudem, der Zunahme atypischer und häufig prekärer Beschäftigung entgegenzuwirken. Zur Wirkung dieser Ansätze wird auf die Ausführungen zur Mindestsicherungsquote, SGB II-Quote und Arbeitslosenquote in der Antwort zu Frage 1 verwiesen.

Sabine Bätzing-Lichtenthäler  
Staatsministerin

## Anlage

Statistisches Landesamt  
Rheinland-Pfalz

18.12.14

**Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung**  
**Empfängerinnen und Empfänger im Alter ab 65 Jahren am 31.12.2013**

kreisfreie Stadt Landkreis	Empfänger/-innen ab 65 Jahren		Bevölkerung ab 65 Jahren
	Anzahl	je 1.000 der Bevölkerung gleichen Alters	Anzahl
111 Koblenz, kfr. St.	1.300	54,5	23.842
131 Ahrweiler	602	20,4	29.512
132 Altenkirchen (Ww)	543	20,2	26.880
133 Bad Kreuznach	915	27,3	33.502
134 Birkenfeld	500	27,0	18.551
135 Cochem-Zell	324	22,4	14.450
137 Mayen-Koblenz	1.119	25,8	43.308
138 Neuwied	1.201	31,3	38.317
140 Rhein-Hunsrück-Kreis	410	19,4	21.166
141 Rhein-Lahn-Kreis	610	22,5	27.071
143 Westerwaldkreis	722	18,4	39.233
211 Trier, kfr. St.	1.141	60,0	19.018
231 Bernkastel-Wittlich	605	25,8	23.476
232 Eifelkr.Bitburg-Prüm	376	19,9	18.908
233 Vulkaneifel	320	23,0	13.915
235 Trier-Saarburg	525	19,0	27.700
311 Frankenthal (Pfalz)	359	33,8	10.617
312 Kaiserslautern,kfr.S	1.156	59,8	19.333
313 Landau i.d.Pf.kfr.St	231	27,5	8.395
314 Ludwigshafen, kfr.St	1.386	44,0	31.497
315 Mainz, kfr. St.	1.466	40,5	36.211
316 Neustadt a.d.W.kfr.S	311	25,7	12.080
317 Pirmasens, kfr. St.	343	34,1	10.062
318 Speyer, kfr. St.	333	31,8	10.465
319 Worms, kfr. St.	611	38,8	15.761
320 Zweibrücken, kfr. St	254	33,5	7.586
331 Alzey-Worms	488	21,5	22.675
332 Bad Dürkheim	437	14,9	29.414
333 Donnersbergkreis	278	18,9	14.742
334 Germersheim	509	22,3	22.836
335 Kaiserslautern	331	15,7	21.071
336 Kusel	248	16,0	15.506
337 Südliche Weinstraße	427	18,5	23.125
338 Rhein-Pfalz-Kreis	352	10,9	32.289
339 Mainz-Bingen	770	19,9	38.616
340 Südwestpfalz	234	10,5	22.243
Land <sup>1</sup>	21.740	26,4	823.373

<sup>1</sup> Der Landeswert enthält nicht an die Kommunalebene delegierte Leistungen des überörtlichen Trägers (Landesamt für Jugend und Soziales).

